

■ GDBA:

Tarifabschluss erzielt

Nach langwierigen Verhandlungen hat die Verhandlungsgemeinschaft von Verkehrsgewerkschaft GDBA und Transnet am 15. März 2003 mit den Arbeitgebern des Deutschen Bahn-Konzerns einen Tarifabschluss erreichen können. Für das Jahr 2003 sind zwei Einmalzahlungen in Höhe von je 200 Euro für die Monate April und Dezember vorgesehen. Zum 1. Mai 2004 erfolgt eine



Klaus-Dieter Hommel, Bundesvorsitzender der Verkehrsgewerkschaft GDBA.

lineare Erhöhung der Monatsentgelte um 3,2 Prozent. Die endgültige Angleichung der Osteinkommen an das Westniveau wird bis zum 1. September 2006 vollzogen. Als erster Schritt erfolgt zum 1. September 2003 eine Angleichung der Entgelte Ost von bisher 90 auf 93 Prozent des Westniveaus. Die Vergütung der Auszubildenden

wird ab 1. Mai 2004 an den Ecklohn der Entgeltgruppe E6, erste Stufe gekoppelt. Die Auszubildenden des DB-Konzerns nehmen damit an der vereinbarten Entgeltentwicklung sowie an der Ost-Westangleichung teil. Für den Zwischenzeitraum wird ein Einmalbetrag von 200 Euro gezahlt. Die Laufzeit des Tarifvertrages für die rund 160 000 Bahn-Beschäftigten beträgt insgesamt 24 Monate und endet zum 28. Februar 2005. „Wir konnten unsere wesentlichen Forderungen durchsetzen“, bewertete der GDBA-Verhandlungsführer und stellvertretende Bundesvorsitzende Heinz Fuhrmann den in fünf schwierigen Verhandlungsrunden errungenen Tarifabschluss. Wichtig sei insbesondere, dass die ungleiche Bezahlung in den alten und neuen Bundesländern im September 2006 endlich ein Ende haben wird.

■ BDZ:

Zoll auch nach EU-Osterweiterung einsetzen

Die Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft (BDZ) im dbb hat in einem Schreiben an Bundesfinanzminister Hans Eichel



Klaus Hilger Leprich, Vorsitzender des BDZ.

angeregt, dass Zöllnerinnen und Zöllner auch nach der Osterweiterung der Europäischen Union (EU) grenzpolitische Aufgaben an der Ostgrenze wahrnehmen sollen. Der BDZ-Vorschlag nimmt Bezug auf eine Äußerung des bayeri-

schen Innenministers Günther Beckstein, dass an der deutsch-tschechischen Grenze auch nach dem Beitritt Tschechiens voraussichtlich bis zum Jahr 2011 Personenkontrollen notwendig wären. Die Kontrollen, so Beckstein, könnten erst wegfallen, wenn es beiden Ländern gelungen sei, die grenzübergreifende Kriminalität erfolgreich zu bekämpfen. Der BDZ geht von einer vergleichbaren Situation an der deutsch-polnischen Grenze aus und fordert daher generell die Fortdauer des Einsatzes von Zollbeamtinnen und Zollbeamten an den neuen östlichen Schnittstellen der Europäischen Union.

Modernisierung

Die Verwaltungsmodernisierung stand im Mittelpunkt eines Meinungsaustauschs, den Vertreter des Landeshauptvorstandes des dbb mecklenburg-vorpommern am 17. Februar 2003 mit Sozialministerin Marianne Linke geführt haben. Während es in Einzelfragen, beispielsweise was die Flexibilität des Beamtenrechts angeht, unterschiedliche Auffassungen gab, herrschte Einigkeit darüber, dass Verwaltungsmodernisierung nur unter Einbeziehung der Betroffenen erfolgreich sein kann.

■ VDSträ: Vorsorglich Ansprüche geltend machen

Die neue Arbeitszeitregelung für den Winterdienst und die speziellen Urlaubsberechnungen haben beim Personal des Straßen- und Verkehrswesens der öffentlichen Verwaltung und der privaten Wirtschaft

zu zahlreichen Rückfragen und Unsicherheiten in der Abwicklung geführt. Der Verband Deutscher Straßenwärter (VDSträ) im dbb empfiehlt deshalb, vorsorglich Ansprüche geltend zu machen. Schon jetzt zeichne sich ab, dass Lohnansprüche durch die neue Arbeitszeitregelung für den Winterdienst nicht so in der Lohnrechnung abgewickelt werden, wie das nach dem Tarifrecht erforderlich ist. Die Ansprüche müssen aber innerhalb einer Ausschlussfrist von sechs Monaten nach Fälligkeit geltend gemacht werden, um nicht zu



Siegfried Damm, Vorsitzender des VDSträ.

verfallen. Der VDSträ hält für seine Mitglieder ein Muster-schreiben bereit, das die Ansprüche, die sich aus der Abwicklung des Winterdienstes 2002/2003 ergeben (Lohn- und Urlaubsanspruch), erfasst.

Ausgeschlossen

Gerhard Vogler, Bundesvorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPoG) im dbb, hat allen Befürwortern eines Streikrechts für Polizeibeamte, wie es in den vergangenen Wochen immer häufiger diskutiert worden war, eine deutliche Absage erteilt. Vogler wies nochmals deutlich darauf hin, dass sich Berufsbeamtentum und Streik gegenseitig ausschließen.

Verärgert

Der Vorsitzende der Deutschen Steuer-Gewerkschaft (DSTG), Dieter Ondracek, hat die komplizierte Regelung zur Riester-Rente als „Ärgernis für die Finanzämter“ bezeichnet. Es müsse mit erheblicher Mehrarbeit gerechnet werden, weil die Formulare zur Riester-Rente nach ersten Erfahrungen der Behörden in jeder dritten Steuererklärung falsch oder unvollständig ausgefüllt sind.